

Die Regierungen versetzen Europa in den Notstand - und legen die Demokratie lahm

06.11.2020 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Der Verfall der Freiheit im Zuge der Coronavirus-Bekämpfung ist besorgniserregend - vor allem weil viele Regierungen den Plänen der UN folgen und Wirtschaft und Gesellschaft "transformieren" wollen.

"Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren." - Benjamin Franklin (zugesprochen)

Die Euro-Krise wurde zur Dauer-Eurokrise. Dann wurde die Klimakrise ausgerufen. Jetzt hat sich auch noch der Coronavirus-Notstand hinzugesellt. Die Menschen im Euroraum er- und durchleben eine nicht enden wollende Krisenabfolge, die ihnen eine bedrohliche Ausnahmesituation nach der anderen beschert.

Nach nur wenigen Monaten wird ein zweiter Stillstand ("Lockdown") diktiert, der zwar diesmal nicht alle Industrien lahm legen soll, der aber die Freiheiten der Menschen noch stärker beschneidet als im ersten Lockdown.

Die Not der Stunde scheint alles zu rechtfertigen. Nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Und das ist beunruhigend. (Der Staatsdenker Niccoló Machiavelli (1469-1527), dem diese Worte zugeschrieben werden, wusste warum.) Entscheidend ist, ob der Zweck sinnvoll, ob er moralisch akzeptabel und vertretbar ist. Katastrophalen Schaden von den Menschen abzuhalten, ist fraglos ein moralisch akzeptabler und vertretbarer Handlungszweck. Allein die Frage ist: Ist der Coronavirus, ist COVID-19 ein katastrophaler Schaden?

Rechtfertigt er, dass die Regierungen die Grundrechte - wie beispielsweise die Vertragsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Religionsfreiheit - relativieren oder aufheben? Zur Beantwortung dieser Frage rufe man sich in Erinnerung, dass die Grundrechte, die Eingang in die Verfassungen vieler Staaten gefunden haben, Abwehrrechte sind: Sie sollen die Bürger vor der Übergriffigkeit des Staates und seiner Repräsentanten schützen, gerade auch in Ausnahmesituationen!

Doch leider sind Protest und Widerstand der Bürger gegen den Entzug ihrer Freiheitsrechte, die übrigens ohne parlamentarische Beteiligung herbeigeführt wird, allerorten recht gering. Es ist wohl vor allem die (von staatlicher Seite geschürte) Angst vor den Folgen des Virus, die den Widerstand gegen den Verlust der Freiheit schwächt, und die sich nun unheilvoll verbindet mit der Auffassung vieler Menschen, der Staat handle aus hohen Motiven heraus und in ihrem Interesse.

Die gegenwärtige Entwicklung, in der die Demokratie lahmgelegt wird, weil ihr Souverän, der Wähler, entmutigt die Waffen streckt, kommt nicht unerwartet - wenn man weiß, wie die Demokratie in der Praxis funktioniert.

Der deutsch-italienische Soziologe Robert Michels (1876–1936) hat sein Buch "Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens" im Jahr 1911 veröffentlicht. In diesem Buch - nach wie vor ein Klassiker in der Soziologie - zeigt Michels das "Eherne Gesetz der Oligarchie" auf.

In der Demokratie kommt es, so Michels, zu Parteigründungen. Parteien sind Organisationen, und Organisationen bedürfen der festen Führung. Die übernimmt eine kleine Gruppe von Menschen - die gewieft ist und den Willen und zur Macht hat. Über kurz oder lang sind sie es, die wenigen, die den Parteapparat beherrschen. Es bildet sich eine oligarchische Elitenherrschaft heraus. Sie immunisiert sich weitgehend gegen Kritik von innen und außen.

Die Partei-Eliten haben die Freiräume, sich vom Partei- und Wählervotum abzukehren, ihre eigene Agenda zu verfolgen, etwa mit Lobbygruppen ("Big Business") zu kooperieren. Der Partei- und Wählerwille bleibt auf der Strecke. Die Demokratie - wenn man sich von ihr die Selbstbestimmung der Wähler erhofft - ist daher eine große Illusion, so Michels: In der Demokratie kommt es vielmehr zur Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber; es kommt zu einer "Oligarchisierung der Demokratie".

Doch lassen sich Michels Thesen auf das hier und heute anwenden? Man könnte argumentieren, dass die "Oligarchisierung der Demokratie" im Zaume gehalten werde, wenn es einen funktionierenden Wettbewerb

zwischen Parteien gibt. Solange die Wähler ihre Stimme konkurrierenden Parteien geben können, mag es zwar immer noch zu einer Oligarchisierung innerhalb der einzelnen Partei kommen, nicht jedoch mehr zu einer Oligarchisierung der Regierungsmacht per se. Doch diese Hoffnung erweist sich als trügerisch.

Alle Parteien buhlen um Wählerstimmen. Und die Wähler geben ihre Stimme den Parteien, von deren Programm sie sich eine persönliche Besserstellung erhoffen. Die Parteien haben daher einen Anreiz, die Umverteilungsträume der Wähler nicht nur zu bedienen, sondern auch noch anzufeuern: Im Wettbewerb um die Regierungsmacht überbieten sie sich darin, die Wähler mit "Wahlgeschenken" für sich einzunehmen. Und das spielt Michels These in die Hände.

Dazu muss man wissen, dass jede Herrschaftsform - ob Diktatur, Aristokratie oder Demokratie - auf Zustimmung, zumindest aber auf Duldung durch die öffentliche Meinung angewiesen ist. Die Regierenden sind den Regierten schließlich zahlenmäßig unterlegen. Sollte sich die Überzeugung bei den vielen Regierten verbreiten, man müsse die wenigen Regierenden loswerden, ist der Umsturz unabwendbar. Das wissen die Parteien und auch die Parteioligarchen.

Zum Machterhalt setzen sie daher auf Überzeugungsarbeit. Beispielsweise indem sie sicherstellen, dass den Menschen in Bildung und Ausbildung die Unverzichtbarkeit, der "Gemeinwohlnutzen" des demokratischen Partiensystems eingetrichtert wird. Zudem verfolgen sie ein "divide et impera": regiere und teile.

Mit dem eingenommenen Steuergeld werden Wählerstimmen gekauft. Damit dabei kein Widerstand aufkommt, wird alles getan, um den Verdacht zu zerstreuen, es gäbe dabei "Steueropfer" und "Steuernutznießer".

Weil alle Parteien in prinzipiell gleicher Weise um die Gunst der Mehrheit wetteifern, nähern sich auch ihre Programme inhaltlich an. De facto bildet sich ein Parteienkartell heraus, das den Weg zur Oligarchisierung der Demokratie ebnet.

Und ist der Parteienwettbewerb erst einmal lahmgelangt, eröffnen sich den Parteioligarchen weitgespannte Handlungsspielräume. Extreme Politiken lassen sich umsetzen, die auf basis-demokratischem Wege nicht so ohne weiteres möglich wären - wie zum Beispiel der Abbau nationalstaatlicher Souveränität, das Schaffen supra-nationaler Institutionen oder die "Politik der offenen Grenzen".

Der "politische Globalismus" in den letzten Jahrzehnten - das Bestreben, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen auf diesem Globus nicht dem freien Markt zu überlassen, sondern nach politischen Zielen zu steuern - trägt die Handschrift der oligarchisierten Demokratie: Kleine Gruppen fällen weitreichende Entscheidungen, nicht selten in Hinterzimmern; Sonderinteressensgruppen (Banken und Großunternehmen) heimsen Privilegien ein; Parlamentarier sind willige Steigbügelhalter der oligarchisierten Herrschaft.

Den politischen Kräften, die eine "große Transformation", einen "Neustart" des Weltwirtschaftssystems anstreben, kommt das System der oligarchisierten Demokratien zupass. Denn mit ihm lässt sich ihre im Kern sozialistische Agenda relativ geräuschlos und ohne allzu großen Widerstand in die Praxis umsetzen.

Den "Neo-Sozialisten" geht es nicht darum, den plötzlichen Umsturz herbeizuführen, sondern ihn auf (schein-)demokratischem Wege zu erreichen. Der Staat soll vielmehr nach und nach die Geschicke der Menschen dominieren und lenken.

Und er ist bereits weit gekommen: Ob Bildung (Kindergarten, Schule, Universität), medizinische Versorgung, Pensionen, Medien, Recht und Sicherheit, Geld und Kredit, Verkehrswege, jüngst vor allem "globale Gesundheit" und Umwelt und Klima.



Überall ist der Staat zum dominanten Akteur aufgestiegen. Kein

Bereich bleibt vor ihm verschont. Und der Weg soll fortgesetzt werden: Im September 2015 nahmen die Regierungschefs den Fahrplan "Global Sustainable Development Goals. The 2030 Agenda for sustainable Development" der Vereinten Nationen (UN) an.

Der UN-Fahrplan sieht die Realisation von 17 Zielen vor, die nicht mit marktwirtschaftlichen Kräften, sondern mit politisch-technokratischen-bürokratischen Maßnahmen realisiert werden sollen. Wohlklingend sind die Ziele: Zum Beispiel sollen Armut und Hunger beendet werden, gerechte Bildung und Gleichstellung der Geschlechter soll es geben, Konsum und Produktion sollen nachhaltig werden, für den Schutz der Umwelt ist eine umfassende Regulierung des Verhaltens der Weltbevölkerung bereitzustellen.

Dieser Plan, in die Tat umgesetzt, läuft jedoch auf das Errichten eines Neo-Sozialismus hinaus, der mit individueller Freiheit unvereinbar ist. Und aus ökonomischer Sicht lässt sich schon jetzt sagen: Sozialistische Projekte - welche Ziele sie auch immer in Aussicht stellen - scheitern und führen den Menschen, die zum Spielball der Herrschaftsmacht herabgewürdigt werden, großes Leid zu.

Der Notstand, den die Regierungen in der Coronavirus-Pandemie erzeugen, und die Lahmlegung der Demokratie, für die sie sorgen, sind vor diesem Hintergrund höchst besorgniserregend.

Hier lesen Sie, wie die Welt "transformiert" werden soll. Zum Dokument gelangen Sie [hier](#).

Angela Merkel, Rede in Davos am 23. Januar 2020: *"Europa will der erste Kontinent sein, der CO2-frei, also emissionsfrei, lebt. Aber, meine Damen und Herren, das sind natürlich Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen."*

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/471152--Die-Regierungen-versetzen-Europa-in-den-Notstand---und-legen-die-Demokratie-lahm.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseite-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).